

Info Nr. 7

Material

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Erstes bundesweites
Netzwerktreffen
"Bürger- und
Beteiligungshaushalt"

Dokumentation vom 29.09.2003

Impressum:

Herausgeber:
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH.
Tulpenfeld 6, D-53113 Bonn
Fon ++49/228/2434-630, Fax++49/228/2434-635,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Material Nr. 7 – Publikationsreihe der Servicestelle
Projektleitung: Ulrich Nitschke, Renate Wolbring
Text: Astrid Karg
Redaktion: Michael Marwede, Ulrich Nitschke, Renate Wolbring
Fotos: Clóvis R. Zimmermann/1; Astrid Karg/8/11/12/20/24

Titelgestaltung: CP/Compartner, Essen
Druck: Deller:>Druck, Neuss
100% Recyclingpapier

Bonn, Dezember 2003

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt



Bild einer Versammlung zum Beteiligungshaushalt in Porto Alegre

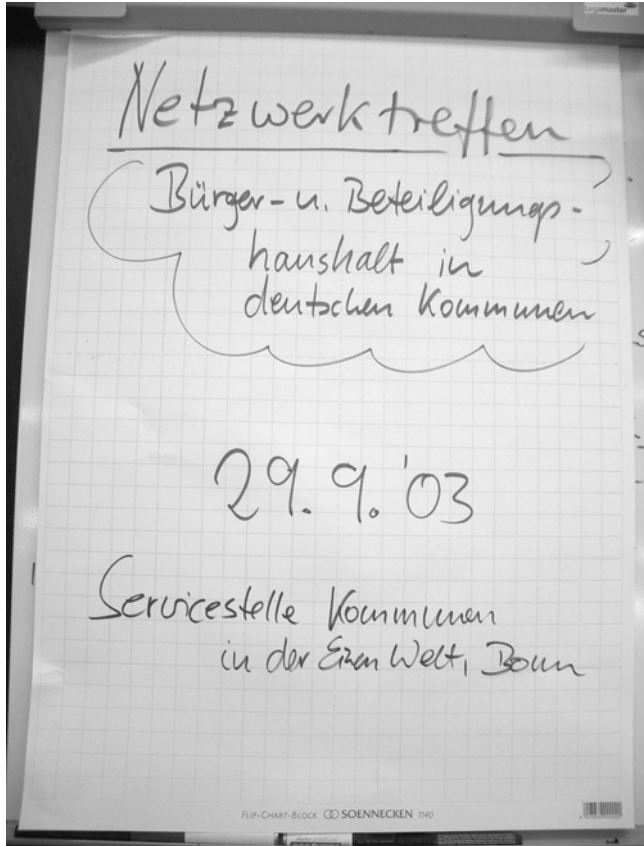
Inhalt

Begrüßung	7
Austausch über bestehende Programme:	
Beitrag von Walter Stach: NRW Modellkommunen (Bertelsmann Stiftung)	9
Beitrag von Dr. Patrick Lehmann: Das KGST Handlungsmodell (Kommunale Gemeinschaftsstelle/KGSt)	11
Beitrag von Gabriele Winkler: Eine Projektidee aus Baden-Württemberg (KATE e.V.)	12
Beitrag von Albrecht Ansohn: Das ASA/SKEW Programm (ASA Berlin; InWEnt gGmbH)	14
Beitrag von Annika Poppenborg: Das Modell Esslingen "Haushalt im Dialog" (Fraunhofer Institut, AIS).....	16
Beitrag von Lars Vogelsang: Einige Entwicklungen in Berlin (Agenda-Agentur Berlin)	18
Beitrag von Carsten Herzberg: Das Forschungsprojekt Centre Marc Bloch (Berlin)	20
Abschließende Kommentare	24
Planung und Aussicht 2004	25

Anhang

Tagesprogramm	27
TeilnehmerInnenliste	28
Einige Informationen zu URB-AL	29
Artikel aus Stadt und Gemeinde (10/2003)	33
Publikationen	37
Über uns	39

Begrüßung



Ulrich Nitschke, der Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH, begrüßte die TeilnehmerInnen am „Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt“ vom 29.09.2003 und beleuchtete einleitend die Gründe und Ziele des Treffens.

Er wies darauf hin, dass es sich bei dem Treffen um einen „Testballon“ handle mit der Zielsetzung herauszufinden, wie die unterschiedlichen Akteure das Thema einschätzen und sich darüber auszutauschen, was Nutzenargumente für einen Bürger- oder Beteiligungshaushalt, oder zu erwartende Widerstände seien. Herr Nitschke hob auch den Netzwerkcharakter der Veranstaltung hervor, denn das Treffen solle vor allem auch dazu dienen, dass sich die einzelnen Akteure über ihre Programme und Aktivitäten austauschen und nach gegenseitigen Anknüpfungspunkten suchen könnten.

Abschließend verdeutlichte er die Rolle der Servicestelle und erklärte, dass es nicht die Aufgabe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sei, Bürgerhaushalte für die Kommunen durchzuführen, sondern dass es im Interesse der Servicestelle liege auf nationaler Ebene bei der Koordination zu helfen um das Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt auf kommunaler Ebene zu befördern. Dazu liege bereits ein erster Flyer zu den Serviceangeboten vor (siehe Seite 37).

In der folgenden Vorstellungsrunde präsentierten sich die TeilnehmerInnen kurz und formulierten ihre jeweiligen Erwartungen an das Treffen und ein potenzielles Netzwerk.

Zusammenfassung der Erwartungen:

- Erfahrungs- und Informationsaustausch
- Einen besseren Überblick darüber bekommen, wer was macht
- Informationen erhalten, wie man in Zukunft miteinander kooperieren kann
- Über den aktuellen Stand des Prozesses informieren
- Anregungen bekommen für weitere Programme
- Austausch über Probleme bei der Umsetzung und wie man damit umgehen kann
- Wie können wir Handlungsempfehlungen für Kommunen auf deren Anfrage hin entwickeln?
- Einschätzungen zu Aufwand und Nutzen
- Was gibt es an europäischem und internationalem Erfahrungsaustausch und konkreten Projektkooperationen?

Während der Erwartungsabfrage wurde auch deutlich, dass die Akteure angesichts der Finanzkrise insbesondere in den größeren Kommunen wie Bonn oder Hannover stark mit den Haushalten beschäftigt sind, u.a. auch der Einführung von Doppik und Neuem Kommunalem Finanzmanagement als „Pflichtprogramm“. Sich mit der Einführung eines Bürger- oder Beteiligungshaushaltes zu beschäftigen kann aus dieser Perspektive heraus als Extrabelastung empfunden werden, insbesondere dann, wenn Zweifel an einem positiven Kosten-Nutzen Verhältnis bestehen.

Zusammenfassend zeigte sich, dass der Wissensstand der Anwesenden hinsichtlich der Thematik recht unterschiedlich war und die Spannbreite der TeilnehmerInnen vom Interessierten bis zum Praktiker der ersten Stunde reichte.

Austausch über bestehende Programme

Beitrag von Walter Stach: NRW Modellkommunen (Bertelsmann Stiftung)

Als erster Referent stellte Herr Walter Stach von der Bertelsmann Stiftung kurz die aktuellen Entwicklungen des „kommunalen Bürgerhaushalts“ vor, einem gemeinsamen Projekt der Bertelsmann Stiftung mit dem Innenministerium Nordrhein- Westfalens. Das Ziel des gemeinsamen Projektes ist es, Wege zu erproben, BürgerInnen den kommunalen Haushalt näher zu bringen und sie zu einer Mitwirkung zu veranlassen. Die Bertelsmann Stiftung hat außerdem, gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der KGSt, das Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ ins Leben gerufen. Dieser kommunale Kooperationsverbund griff bereits 1998 internationale Beispiele auf und richtete eine Arbeitsgruppe „kommunaler Bürgerhaushalt“ unter Federführung der Stadt Rheinstetten ein.

Herr Stach stellte zunächst die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung der Ratsmitglieder aus den Projektkommunen vor, die im April/ Mai 2003 durchgeführt wurde. Ziel der Befragung war es, einerseits eine Zwischenbilanz zu ziehen und andererseits die Meinung der Ratsmitglieder zum Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ zu erfragen. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Ratsmitglieder sind gut über das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt NRW“ informiert, wobei Ratsmitglieder in den kleinen Kommunen tendenziell besser informiert sind.
- Die Ratsmitglieder beschäftigen sich mehrheitlich intensiv mit dem Thema und erörtern die Vorschläge der BürgerInnen in den Haushaltsberatungen und in den Fraktionen.
- Die Ratsmitglieder sehen verschiedenen Chancen des Kommunalen Bürgerhaushalts für die PolitikerInnen und die Kommune. Sie meinen mehrheitlich, dass sie besser einschätzen können, was den BürgerInnen wichtig ist und dass sie neue Anregungen durch die Haushaltsberatungen erhalten. Außerdem meinte die Mehrheit der Befragten, dass die Kommune durch den Bürgerhaushalt Transparenz über den Haushalt herstellen kann, und dass das Projekt eine Möglichkeit zum Dialog mit den BürgerInnen jenseits von Interessenvertretungen und Maßnahmen darstelle, um Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen herzustellen.
- Als bedenklich nimmt ca. ein Drittel der befragten Ratsmitglieder es wahr, wenn sie in Bürgerversammlungen nur Zaungäste sind und mehr als zwei Drittel befürchten, dass die Kommunen durch den Bürgerhaushalt Erwartungen bei den BürgerInnen wecken, die nicht erfüllt werden können.

Der Referent wies im Anschluss auf den im Juni 2003 erschienen zweiten Zwischenbericht zum Kommunalen Bürgerhaushalt NRW hin. Als vorläufige Bilanz könnten für die drei Dimensionen Transparenz, Beteiligung, Rechenschaft recht unterschiedliche Noten an die Kommunen vergeben werden:

- Transparenz: Die Noten reichen von sehr gut bis gut, mit unterschiedlichen Ansätzen in den unterschiedlichen beteiligten Kommunen (mit unterschiedlichen Instrumenten in unterschiedlichen Prozessen; das Ergebnis ist eine Palette von Instrumenten und Prozessen und nicht DAS beste Produkt / DER beste Prozess);
 - Beteiligung: Die Noten reichen von sehr gut bis unbefriedigend und sind damit sehr unterschiedlich. Einen Einfluss darauf haben die Größe der Kommune sowie ihre Finanzlage – im Allgemeinen schneiden die größeren Kommunen in diesem Aspekt schlechter ab.
 - Rechenschaft: Über diesen Faktor lässt sich definitiv noch nichts sagen.
-

Einige Besonderheiten der letzten Monate:

- Einige Bürgerhaushalt-Kommunen sind dabei, die politisch-strategische Steuerung mit dem Bürgerhaushalt zu verzahnen. Interessant ist dabei für Finanzexperten, dass mit der Entwicklung politisch-strategischer Ziele und Leitbilder in einer Stadt die mittelfristige Finanzplanung wieder enorm an Bedeutung gewinnt.
- Der Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen: Die Bertelsmann-Stiftung ist gespannt, wie und ob der Bürgerhaushalt instrumentalisiert werden wird.
- Die Beteiligung der Bürger bei der Leitbildentwicklung, der Lokalen Agenda 21, etc. aber auch die Steuerung der Beteiligung – vielleicht gibt es noch keine Kommune, die die Beteiligung überzeugend GESTEUERT hat.

Was das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projektes angeht, so seien die Städte aufgefordert worden zunächst für sich vor Ort eine Kosten – Nutzen Analyse zu erstellen, z.T. mit Indikatoren, die gemeinsam erstellt wurden, so Herr Stach. Dabei solle am Ende des Projektes eine Kosten – Nutzen Analyse des Gesamtprojektes, aber auch einzelner Instrumente oder Prozesse vorliegen, um so differenzierte Handreichungen entwickeln zu können.

2004 wird es eine Abschlussveranstaltung zum „Kommunalen Bürgerhaushalt NRW“ geben, wozu dann auch eine Abschlussdokumentation mit den Ergebnissen vorliegen soll.

Rückfragen aus dem Plenum:

Frage: Was passiert mit dem Projekt nach der Finanzierungsphase – bleibt es den Kommunen freigestellt, das „Modell“ fortzusetzen/ anzuwenden?

Antwort: Ja, es kann keine Verpflichtung zur Umsetzung des Modells geben – es wird keine gesetzliche Vorgabe geben, sondern Empfehlungen.

Frage: Was bedeutet „in die Fläche tragen“ – was wird die Zukunft des Modells sein? Ist daran gedacht, das Projekt in anderen Bundesländern zu wiederholen? Wird die erarbeitete Broschüre wieder aufgelegt?

Antwort: Die Stiftung will eine Dokumentation erarbeiten, die den Anspruch einer Handreichung haben wird. Diese sollte möglichst in alle Städte Deutschlands gelangen, sodass sich diese einem Bürgerhaushalt annähern können. Einen „Topf“, aus dem Kommunen Geld beantragen können, wird es allerdings nicht geben.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.buergerhaushalt.de



Beitrag von Dr. Patrick Lehmann: Das KGSt-Handlungsmodell (Kommunale Gemeinschaftsstelle/KGSt)

Herr Dr. Patrick Lehmann stellte die geplanten Aktivitäten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) vor, einem Verband für kommunales Management, zu dessen Mitgliedern ca. 1600 Städte, Gemeinden und Kreise zählen. Das Hauptziel der KGSt besteht darin, die Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Bürgerorientierung ihrer Mitglieder zu erhöhen.

Herr Lehmann stellte seiner Darstellung der KGSt einige Bemerkungen voran. Zunächst wies er darauf hin, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen des Begriffes „Bürgerhaushalt“ gebe und dass er das, wovon im Rahmen des Netzwerktreffens gesprochen werde lieber als Bürgerbeteiligungshaushalt bezeichnen wolle.

Der Referent stellte dar, dass derzeit zwei verschiedenen Strömungen zu beobachten seien: zum einen eine Strömung, die den Schwerpunkt der Aktivitäten auf den **Haushalt** lege, insbesondere angesichts der angespannten Finanzlage. In diesen Fällen versuche die Politik vielfach, ihre Verantwortung für schmerzhaftes Einschnitte mit den Bürgern zu „teilen“.

Zum anderen gebe es eine Strömung, die den Schwerpunkt der Aktivitäten auf die **Beteiligung** legte; dort stünden emanzipatorische und partizipatorische Gedanken im Vordergrund. Neben dem Bürgerhaushalt im engeren Sinne finden sich auch andere Beispiele, wie man Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der Haushaltskonsolidierung einbinden kann. So z.B. in Herzogenrath, wo der Wettbewerb „Intelligent sparen – Spitze bleiben“ ausgerufen worden sei. Es seien insgesamt 70 Vorschläge eingereicht worden, wobei es ums Sparen, nicht ums Streichen gegangen sei. Nun gebe es die Idee, ein Beschwerde- und Ideenmanagement einzuführen. In diesem Sinne gebe es also auch eine Alternative zum Bürgerbeteiligungshaushalt.

Herr Lehmann wies auch darauf hin, dass die Erwartungen an einen Bürgerbeteiligungshaushalt oft hoch und falsch seien, indem man davon ausging, dass nun die Bürger den Haushalt beschließen – was schon aus rechtlichen Gründen nicht ginge.

Im Folgenden fasste Herr Lehmann die Rolle der KGSt zusammen: Die KGSt sammelt, unter anderem, Beispiele erfolgreicher Umsetzung von Bürgerhaushalten, die dann über die Wissensdatenbank kikos (Kommunales Informations- und Kommunikationssystem) den Mitgliedskommunen zur Verfügung gestellt werden. Geplant ist eine Kurzinformation an die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, die bereits vorhandene Erfahrungen strukturiert darstellt und aufbe-

reitet. Die bisherige Erfahrung habe gezeigt, so der Referent, dass im allgemeinen Chancen und Nutzen, und weniger Risiken und Kosten dargestellt würden. Die KGSt, so Herr Lehmann, wolle auch Risiken und Kosten, sowie Anwendungsbedingungen darstellen und dabei die Frage berücksichtigen, was bei der Anwendung zu beachten sei. Es solle ein strukturierter Vergleich von Verfahren versucht werden z.B. über die Indikatorenentwicklung im Rahmen von Vergleichsringen. Hier sollte man auch mit der Servicestelle und dem Fraunhofer Institut zusammen arbeiten.

Am Ende wies Herr Lehmann auf ein Dilemma dabei hin: Einerseits seien Zweifel daran angebracht, ob es schon genug praktische Erfahrung gebe um Empfehlungen formulieren zu können. Andererseits könne der Prozess in den Kommunen jedoch nicht ausreichend unterstützt werden, wenn mit der Formulierung von Empfehlungen zu lange gewartet werde.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.kgst.de



Beitrag von Gabriele Winkler: Eine Projektidee aus Baden-Württemberg (KATE e.V.)

Die nächste Referentin, Frau Gabriele Winkler, stellte ein noch in der Antragsphase befindliches Projekt der KATE e.V. Stuttgart vor. „KATE“ ist die Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V. in Stuttgart, ein gemeinnütziger Verein zur Durchführung von Projekten im Bereich "Nachhaltige Entwicklung". KATE besteht aus einem interdisziplinären, interkulturellen Team mit langjähriger Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit und dem Umweltschutz. Im Inland en-

gagiert sich KATE v.a. in den Bereichen der Entwicklung der Lokalen Agenda, im Umweltmanagement und Nachhaltigen Tourismus.

Das Modellprojekt „Durch Transparenz zu mehr Kompetenz! – der Beteiligungshaushalt für Baden-Württemberg“ wurde durch KATE bei der Landesstiftung Baden-Württemberg eingereicht, und zwar in Kooperation mit:

- Städtetag Baden-Württemberg
- Gemeindetag Baden-Württemberg (angefragt)
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Baden-Württemberg (Fritz-Erler-Forum)
- Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Bildungswerk Stuttgart
- Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Kehl
- Evangelische Fachhochschule, Freiburg

Kurzbeschreibung des Modellprojektes:

In sechs Kommunen in Baden-Württemberg wird modellhaft ein Verfahren eingeführt, das den kommunalen Haushalt verständlich und transparent aufbereitet und gemeinsam mit der Bürgerschaft diskutiert. Die Vorschläge der Bürgerschaft für Einsparungen, eine Verschiebung der Prioritäten und/oder neue Konzepte zur Integration bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune werden dem Gemeinderat zur Anregung und Beratung vorgelegt.

Dieser Beteiligungshaushalt hat drei Phasen:

- die **Informationsphase**, in welcher die Bürgerschaft über die Haushaltsplanungen und vorhandenen Ressourcen informiert wird
- die **Konsultationsphase**, in der die Investitionsplanungen für das kommende Haushaltsjahr öffentlich diskutiert werden, und
- die **Haushaltsberatungsphase**, in der die Vorschläge und Prioritäten aus der Bürgerschaft zusammen gefasst und im Gemeinderat debattiert werden.

Zuletzt wird der (ggf. modifizierte) Haushaltsplanentwurf im Gemeinderat verabschiedet und den BürgerInnen Rechenschaft darüber abgelegt.

Das Modellprojekt begleitet den Beteiligungshaushalt in sechs Kommunen Baden-Württembergs konzeptionell und methodisch. Die zielgruppenspezifische Information der Bürgerschaft, der Verwaltung und des Gemeinderats, die Aufbereitung der Haushaltsdaten, die Moderation der sechs Modellprozesse und die Verbreitung der Erfahrungen und des Konzeptes in andere baden-württembergische Kommunen, sind Ergebnisse dieses Projektes. Es werden im Projektverlauf kommunale PromotorInnen ausgebildet, die den Beteiligungshaushalt nach Abschluss des zweiten Beteiligungsjahres fortführen können. Dies sichert die Nachhaltigkeit des Verfahrens.

Nach zwei Haushaltszyklen sind die Erfahrungen ausgewertet und in einem Leitfaden Beteiligungshaushalt Baden-Württemberg zusammengestellt. Über Veranstaltungsreihen und Publikationen werden mindestens 300 weitere Kommunen in Baden-Württemberg informiert und ange-regt, eigene beteiligungsorientierte Haushaltsverfahren zu starten. Über Baden-Württemberg hinaus wird der Modellprozess publik gemacht und die Erfahrungen verbreitet.

Die **Zielgruppen** des Modellprojektes sind die Bürgerschaft, die Kommunalverwaltung und der Gemeinderat in sechs auszuwählenden Kommunen. Eine Schlüsselrolle im Beteiligungsverfahren

erhalten die Kämmerer, die Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat, die (Ober) BürgermeisterInnen und die Verantwortlichen für die kommunale Öffentlichkeitsarbeit (Presseamt, Pressestelle oder –referentin).

Die gesamte Projektlaufzeit beläuft sich auf 2 Jahre 6 Monate (Januar 2004 – Juni 2006).

Maßnahmenpakete:

- Konzeptentwicklung (Workshop der Kämmerer)
- Durchführung von modellhaften Beteiligungshaushalten in sechs Kommunen in Baden-Württemberg über zwei Jahre mit zwei verschiedenen Methoden: a) breite Beteiligung über Haushaltskonferenz und b) Diskussion in Fokusgruppen
- Ausbildung von kommunalen Haushalts-PromotorInnen im zweiten Projektjahr
- Erstellen von Medien (Flyer, Leitfaden Beteiligungshaushalt Baden-Württemberg, sechs aufbereitete Haushalte, Seminarmaterialien für VerwaltungsmitarbeiterInnen)
- Durchführung von zielgruppenspezifischen Seminaren und Fortbildungen für GemeinderätInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und BürgerInnen.
- Abschlussveranstaltung

Rückfragen aus dem Plenum:

Fragen: Stehen die sechs Kommunen schon fest? Werden sie sich in der Größe unterscheiden?

Antwort: Die Kommunen stehen nicht konkret fest, es gibt aber Anfragen. KATE hat eine gute Zusammenarbeit mit dem Städtetag, die Reaktion des Gemeindetages war verhalten – es ist geplant, vor allem größere Kommunen zu berücksichtigen.

Kommentar aus dem Plenum: Gibt es wirklich einen so fundamentalen Unterschied zwischen Porto Alegre und den deutschen Kommunen? Der Unterschied wird immer betont, mit dem Hinweis darauf, dass sich das Modell Porto Alegres nicht so einfach auf die deutschen Gegebenheiten übertragen lasse.

Offensichtlich wird gar nicht begriffen, in welcher Situation deutsche Kommunen hier sind: die Bereitschaft der Bürger sich beispielsweise an Wahlen zu beteiligen sinkt – wir müssen versuchen, die BürgerInnen wieder stärker an ihre Kommunen zu binden. Und die Finanzlage ist in vielen Kommunen äußerst kritisch. Auch Porto Alegre war hoch verschuldet, und wir haben hier in Deutschland ein viel größeres Problem, als wir uns das eingestehen. Ein unaufgeregter Kasernensturz wäre angesagt; Porto Alegre ist näher als wir das spüren – oder meinen zu spüren.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.kate-stuttgart.org

Beitrag von Albrecht Ansohn: Das ASA/SKEW Programm (ASA Berlin; InWent gGmbH)

Als nächstes skizzierte Albrecht Ansohn von ASA kurz das Programm allgemein und insbesondere ein Austauschprojekt zum Thema Bürgerhaushalt. „ASA“ steht für Arbeits- und Studienaufenthalte – in Afrika, Lateinamerika, Asien und Südosteuropa. ASA ist ein Netzwerk für ent-

wicklungspolitisches Lernen, das sich an Studierende und junge Berufstätige zwischen 21 und 30 richtet, und sich für nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung einsetzt. Dabei werden dreimonatige Stipendien an deutsche Studierende vergeben, zum anderen werden mittlerweile auch Austauschprogramme und gemeinsame Projekte mit Ländern des Südens durchgeführt. Das Programm ist gemeinnützig und politisch unabhängig, in der Trägerschaft der InWEnt gGmbH. Finanziert wird ASA von Bund, Ländern und Wirtschaft.

Herr Ansohn erläuterte, dass über ASA nach Themen gesucht werde, die für den Norden und Süden interessant seien. So im Jahr 2004 z.B. das Thema „erneuerbare Energien“ in Dhaka und Brandenburg oder auch „Probleme von KleinunternehmerInnen“ in Istanbul und Berlin. Manchmal funktioniere dieser Austausch gut, manchmal ließen sich die unterschiedlichen Gegebenheiten nicht so gut vergleichen. Herr Ansohn wies darauf hin, dass ASA seine Anregungen für Projekte von anderen bekommt.

Im weiteren beschrieb der Referent ein Austauschprogramm zum Thema „Bürgerhaushalt“ zwischen Nachwuchskräften aus deutschen Kommunalverwaltungen und aus erfahrenen Bürgerhaushaltsgemeinden in Brasilien. Er wies auch darauf hin, dass sich auf die Ausschreibung des Projektes erstaunlicherweise wenige Menschen aus Deutschland beworben hätten. Am Ende sei allerdings ein Vertreter aus Porto Alegre für sechs Wochen nach Deutschland gekommen, und derzeit befänden sich zwei Studierende (aus Köln und Berlin) in Porto Alegre.

Zusammenfassung des Süd-Nord Projektes 2003 zum Thema Bürgerhaushalt:

- Dimitri Sanchez, Kulturdezernat Porto Alegre, kam für sechs Wochen nach Deutschland.
- Besuche in 18 deutschen, drei französischen und einer belgischen Kommune.
- Vorträge und Erfahrungsaustausch mit deutschen Kommunalpolitikern und Kämmerern.
- Kooperation zwischen ASA, SKEW, InWEnt Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit zahlreichen Gemeinden.
- drei Monate Aufenthalt zweier Studierender aus Köln und Berlin in Porto Alegre.

Um den Auswertungsbericht von Herrn Sanchez aus Porto Alegre zu seinem Deutschlandbesuch detailliert darzustellen, blieb während des Treffens in Bonn nicht genug Zeit. Dies soll nun im Rahmen dieser Dokumentation stichwortartig nachgereicht werden.

Eindrücke von Herrn Sanchez:

- Die Menschen: Herzliche und interessierte Aufnahme allerorts.
 - Der Pluralismus: Vertreter ganz verschiedener Parteien zeigten sich interessiert am Bürgerhaushalt.
 - Die Umweltpolitik: ein perfektes Bahn-System (woran viele Deutsche kein gutes Haar lassen), steuerliche Förderung für erneuerbare Energien.
 - Viele Gesprächspartner, viele widersprüchliche Hypothesen über den Bürgerhaushalt bzw. Bürgerbeteiligung und der Politik in Deutschland:
 - „Den Leuten geht’s zu gut, die brauchen das nicht.“
 - „Den Leuten geht’s zu schlecht, die haben andere Sorgen.“
 - „Die Politiker wollen keinen reinreden lassen.“
 - „Die Deutschen wollen nicht mitreden, die sind innovationsscheu.“
-

Ergebnisse aus Sicht von Herrn Sanchez:

- Beitrag zur Versachlichung der Diskussion in Deutschland.
- Abbau von Vorbehalten gegenüber dem Beteiligungshaushalt.
- Fördern von partnerschaftlichem Umgang, indem Erfahrungen aus dem Süden wertgeschätzt werden.

Am Ende seines Vortrages wies Herr Ansohn darauf hin, dass das ASA Programm konkretere Zusagen und Interesse von Kommunen brauche, um Austauschpartner aus Porto Alegre aufzunehmen oder auch junge Mitarbeiter aus der deutschen Kommunalverwaltung nach Porto Alegre zu schicken. Damit würde der **praktische** Austausch möglich, nicht nur ein **akademischer**, bei dem die Erfahrung in eine Diplomarbeit einfließe.

Ganz zum Schluss hob der Referent hervor, dass an dieser Kooperation insbesondere interessant sei, dass der Süden Deutschland im Bereich des Bürgerbeteiligungshaushalts etwas voraushabe.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.asa-programm.de
- www.service-eine-welt.de

Beitrag von Annika Poppenborg: Das Modell Esslingen "Haushalt im Dialog" (Fraunhofer Institut, AIS)

Als nächstes stellte Frau Poppenborg das Modell des Esslinger Haushalts vor. Frau Poppenborg ist Mitarbeiterin des Fraunhofer Instituts Autonome Intelligente Systeme (AIS), Sankt Augustin. Dieses war für die Konzipierung des Esslinger Verfahrens „Haushalt im Dialog“ für Esslingen zuständig, denn ein Arbeitsschwerpunkt des Instituts liegt auf der Konzeption, Durchführung und Moderation internetunterstützter Bürgerbeteiligungsverfahren.

Esslingen am Neckar zählt ca. 90.000 Einwohner und hat im Rahmen des Projektes Medi@Komm, einem Bundesprojekt, das internetgestützte Verfahren „Haushalt im Dialog“ durchgeführt. Das Modell des Esslinger Haushalts unterscheidet sich, so Frau Poppenborg, von anderen Prozessen vor allem dadurch, dass es das Internet anders und intensiver nutzt, und dass es eine Reihe von Aktivitäten über einen längeren Zeitraum einschließt, also keine einmalige Veranstaltung darstellt.

Im Folgenden skizzierte Frau Poppenborg die Zielsetzung sowie die Phasen des Esslinger Haushaltmodells: Das Projekt läuft insgesamt neun Monate (bis November 2003), in denen versucht wird, den Haushalt verständlich darzulegen. Die BürgerInnen erhalten konkrete Informationen über einzelne Themen- und Politikfelder, und werden dazu eingeladen Anmerkungen und Vorschläge zu machen und in einem moderierten Forum zu diskutieren.

Das Verfahren ist in zwei Online-Phasen unterteilt. Die erste Phase vorangestellt war eine Analysephase, in der erarbeitet wurde, welche Themen des Haushalts sich zur Diskussion eignen. Das Ergebnis war eine Liste von 15 Themen, die ausgiebig recherchiert, verständlich aufbereitet und ins Netz gestellt wurden.

In der ersten darauf folgenden vierwöchigen Online-Phase (Juni-Juli 2003) ging es insbesondere darum, dass die BürgerInnen einen Einblick in die finanzielle Situation der Kommune erhalten (z.B. was kosten die verschiedenen Leistungen der Kommune? Welche Investitionen sind geplant? Was kosten sie?). Außerdem erhielten sie gewünschte zusätzliche Erläuterungen und Informationen. Zu diesem Zweck wurde eigens eine Fachredaktion eingerichtet, um in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ämtern sowie der Stadtkämmerei Themen nachzurecherchieren und verständlich aufzubereiten. Die BürgerInnen konnten auch eigene Vorschläge entwickeln und diskutieren. Nicht zuletzt konnten sie so auch ein Gefühl für die Komplexität des kommunalen Haushaltes bekommen.

Zentrale Komponente des gesamten Prozesses sind moderierte Diskussionen im Internet. Ergänzt werden sie durch öffentliche Informationsveranstaltungen, die die Debatten im Internet umrahmen.

Während der ersten Online-Phase wurden insgesamt 10.000 Zugriffe auf die Webseite registriert. Es wurden mehr als 200 Beiträge verfasst und ca. 150 Personen ließen sich als Mitdiskutanten registrieren.

Nach der Sommerpause begann die zweite, zweiwöchige Online-Phase (September 2003). In dieser wurden die diskutierten Themen mit den erarbeiteten Vorschlägen der Haushaltsstrukturkommission zusammengeführt, um die Diskussion in den realen politischen Prozess einzubetten.

Im November wird nun eine weitere Informationsveranstaltung im Rathaus stattfinden, um eine Bilanz des Haushaltes im Dialog zu ziehen. Im Dezember 2003 wird dann der Haushaltsplan 2004 im Gemeinderat eingebracht. Nach dem Beschluss des Haushaltes wird es im Frühjahr 2004 eine letzte Informationsveranstaltung mit einem Rechenschaftsbericht zum Umgang mit den von den BürgerInnen gemachten Vorschlägen und Anregungen geben.

Frau Poppenborg fasste den bisherigen Verlauf des Diskussionsprozesses als sachlich und sehr konstruktiv zusammen. Das Sparziel der Kommune sei angenommen worden, und die BürgerInnen hätten durch die aufbereitete und verständliche Information sowie v.a. auch durch die Diskussion mit anderen ein Verständnis für kommunale Finanzen entwickelt.

Für die Vorstellung konkreter Ergebnisse war es zu früh, da sich das Projekt noch in der Durchführung befindet.

Rückfragen aus dem Plenum:

Frage: Wurde ausschließlich über das Internet gearbeitet?

Antwort: Nein, es wurde eine ganze Reihe von Medien eingesetzt. Es gab zum Beispiel einen Infolyer. Jede Online-Phase wurde mit einer öffentlichen Veranstaltung eröffnet. Außerdem wurden Bürger-PCs eingerichtet – betreute PCs sowie PCs ohne Betreuung. Bei den betreuten Bürger-PCs standen Mentoren zur Verfügung, die die BürgerInnen bei der Handhabung der Computer und des Internets unterstützen. Die Mentoren selbst wurden im Gebrauch der Software ausgebildet. Und schließlich spielte noch die Esslinger Tageszeitung bei der Information der BürgerInnen eine Rolle.

Frage: Sind 150 registrierte Benutzer ein Erfolg – erreicht man da Leute, die man sonst nicht erreicht, oder nur die, die man auch sonst erreicht?

Antwort: 150 registrierte Benutzer sind ein Erfolg, vor allem, wenn man bedenkt, wie viele Menschen sich normalerweise für die Aufstellung des kommunalen Haushaltes interessieren. Es gab sehr konstruktive Beiträge – und das in nur vier Wochen (10.000 Zugriffe, 200 Beiträge). Die Informationsvorlaufphase war zudem sehr kurz, da erst im Mai begonnen wurde. Wenn der

Prozess fortgeführt wird, werden sich mehr Leute beteiligen. Außerdem beteiligten sich erstmals auch viele Menschen, die sich bisher nicht in der Kommune engagiert hatten.

Fragen: Wie viele Leute waren bei den Veranstaltungen dabei? Wie groß war der Arbeitsaufwand?

Antwort: An der ersten Veranstaltung nahmen 40 bis 50 Leute teil, an der zweiten Veranstaltung weniger. Was den Aufwand betrifft: Das Fraunhofer Institut haben erstmals diese Art der Konzeptentwicklung zum Haushalt gemacht, das war relativ viel Arbeit. Im nächsten Jahr wird der Aufwand sicherlich geringer sein, weil ModeratorInnen ausgebildet wurden (in der Verwaltung und unter den BürgerInnen). Was für die Zukunft wichtig bleibt, ist das Aufbereiten und Verständlichmachen der Information.

Frage: Die allgemeine Erfahrung ist, dass die Beteiligung an solchen Prozessen eher fällt als steigt. Vielerorts wird nach Wegen gesucht, diesen Grad der Beteiligung zu halten und wenn möglich zu vermehren. Gibt es dazu einige Ideen?

Antwort: Die Diskussion wurde innerhalb der ersten vier Wochen noch einmal strukturiert, und gefragt, was nach zwei Wochen noch mal hervorgeholt werden sollte, damit die Diskussion nicht einschläft. Zusätzlich ist die Einbettung in den politischen Prozess wichtig (die Verzahnung der Vorschläge mit den Vorschlägen der Haushaltsstrukturkommission) damit die BürgerInnen sich beteiligen. Von Bedeutung war auch, dass die BürgerInnen Online-Gespräche mit dem Oberbürgermeister und dem Finanzbürgermeister führen konnten – auch das hat dazu beigetragen, den Beteiligungsgrad an den Diskussionsforen zu erhalten.

Es ist außerdem sinnvoll, Leute gezielt anzusprechen, sie auf Themen hinzuweisen, und zur Beteiligung aufzufordern, z.B. die Eltern, wenn es um Themen geht, die mit den Schulen zu tun haben; oder die Sportvereine, wenn es um etwas geht, was wichtig für sie ist.

Hilfreich ist für einen solchen Prozess auch eine Medienpartnerschaft, z.B. mit einer Tageszeitung.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.ais.fraunhofer.de
- www.haushalt.esslingen.de
- www.buerger-gehen-online.de
- www.esslingen.de

Beitrag von Lars Vogelsang (Agenda-Agentur Berlin): Einige Berliner Initiativen

Als nächster Referent stellte Lars Vogelsang einige Initiativen aus Berlin vor. Lars Vogelsang ist Mitglied der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Berlin, die gerade in der schwierigen Haushaltssituation Berlins mit ihrem Engagement zu mehr Transparenz, Demokratie und Bedarfsorientierung in Haushaltsfragen beitragen möchte. Sie formuliert Konzepte für einen Bürgerhaushalt in Berlin und führt Gespräche mit Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung, um den Weg für ein solches Vorhaben zu ebnet.

Die Arbeitsgruppe besteht seit März 2002 und ist zum Teil eine Folgeinitiative der "BerlinStudie" und der "Initiative Wissen schafft Wohlstand für Berlin", die einem zivilgesellschaftlichen Ansatz verpflichtet sind.

Der Referent wies darauf hin, dass die Arbeitsgruppe zunächst ein Positionspapier geschrieben habe, und versucht habe, den Begriff „Bürgerhaushalt“ in „Bürgerbeteiligungshaushalt“ umzuwandeln. ("Initiative Bürger-Beteiligungs-Haushalt für Berlin – Positionspapier" (Was ist ein Bürgerhaushalt; wo gibt es Ansätze; was leistet er; warum in Berlin; erste Schritte) und "8 Essentials für einen Bürger-Beteiligungs-Haushalt" – sind im Internet einzusehen (Adresse siehe weiter unten).

Herr Vogelsang berichtete auch über eine Workshopreihe der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Bürgerhaushalt“. In diesem Rahmen wurde der Berliner Landeshaushalt Sitzung für Sitzung vorgestellt und diskutiert. Schwerpunkte waren mögliche transparente Darstellungsformen und Partizipationsmöglichkeiten im Hinblick auf mehr Beteiligung. Veranstalterin war die kommunale Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Berlin und der Bündnisinitiative für einen Bürgerhaushalt in Berlin. Es haben etwa zwanzig Personen aus verschiedenen Berliner Initiativen regelmäßig teilgenommen. Der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus, Oliver Schruoffeneger, die Fraktionsmitarbeiterin Barbro Dreher und weitere Experten begleiteten die Reihe.

Im Anschluss an die Workshopreihe führte die Heinrich-Böll-Stiftung am 25. Mai 2003 in Kooperation mit der Arbeitsgruppe und der Bündnisinitiative eine Dialogveranstaltung mit Berliner BezirkspolitikerInnen und Vertretern vom Bürgerhaushalt Porto Alegre mit Dimitri Sanchez durch: "Von Brasilien nach Berlin – wie viel Bürgerhaushalt ist möglich?".

Gegen Ende seines Beitrags wies der Referent auf eine von der Arbeitsgemeinschaft durchgeführte Studie für den Berliner Bezirk Mitte zum Bürgerhaushalt hin. Die Studie beinhaltet einen internationalen Vergleich sowie Empfehlungen, wie eine direkte Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des öffentlichen Haushalts funktionieren kann. Bei der öffentlichen Vorstellung der Studie am 20. Mai 2003 kündigte der Finanzstadtrat von Mitte, Dr. Jens-Peter Heuer, erste Schritte für eine partizipative Haushaltsaufstellung an. In der Folge wurde der Doppelhaushalt des Bezirkes ins Internet gestellt, um zunächst einmal mehr Transparenz zu ermöglichen. Zwei weitere Berliner Bezirke wollen einen partizipativen Haushalt durchführen.

Abschließend erwähnte Herr Vogelsang, dass die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit den parteinahen Stiftungen und der AG Workshops mit Berliner Entscheidungsträgern mit dem Ziel vorbereitet, dies auch auf gesamtstädtischer Ebene zu ermöglichen.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.buergerhaushalt-berlin.de



Beitrag von Carsten Herzberg: Das Forschungsprojekt Centre Marc Bloch (Berlin)

Carsten Herzberg vom Centre Marc Bloch folgte als nächster Referent. Die Gründung des Zentrums geht auf die Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer zurück, als die Regierungen Frankreichs und Deutschlands beschlossen, ein deutsch-französisches Forschungszentrum für Sozialwissenschaften einzurichten. Das nach dem Historiker Marc Bloch benannte Zentrum wurde am 9. Dezember 1992 gegründet und am 8. September 1994 eingeweiht. Sein erster Direktor war von 1992 bis 1999 Professor Etienne Francois, ein Historiker. Heute wird das Centre Marc Bloch von der Philosophin Catherine Colliot-Thélène geleitet.

Der interdisziplinären Ausrichtung des Zentrums entsprechend, sind dort alle sozialwissenschaftlichen Fächer vertreten, insbesondere Geschichte, Landeskunde, Philosophie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Sozialanthropologie, Sozialgeografie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft.

Die grundlegende Besonderheit des Forschungszentrums liegt im Versuch einer deutsch-französischen Integration. Dieser bilaterale wissenschaftliche, intellektuelle und politische Anspruch wird dabei gleichzeitig als Teil einer breiteren europäischen Perspektive verstanden. So kooperiert das Zentrum mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Forscherteams in verschiedenen weiteren europäischen Ländern, namentlich in Ungarn, Polen und Tschechien, sowie dem deutsch-französischen Forschungszentrum für Sozialwissenschaften in Berlin.

Herr Herzberg hat seinen Beitrag über das in der Antragsphase befindliche Forschungsprojekt zur Untersuchung von Bürgerhaushalten aus verschiedenen Ländern Europas schriftlich zur Verfügung gestellt und folgt es ungekürzt:

Bürgerhaushalte in Europa – Chance für deutsche Kommunen?

Das Thema „Bürgerhaushalt“ wird in immer mehr Städten und Gemeinden in Deutschland diskutiert. Zum einen mag das an der wachsenden Zahl von Praxisbeispielen liegen, die mit Unterstützung des Netzwerkes „Kommunen der Zukunft“ und des Modellprojektes „Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen“ entstanden sind. Zum anderen gab es dieses Jahr bei BürgerInnen und Initiativen einen wahrnehmbaren Schub neuen Interesses, ausgelöst von einer Dialogreise, die Kate e.V., die Heinrich-Böll-Stiftung und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sowie ASA organisiert haben. Im Rahmen dieser Dialogreise besuchte ein Vertreter der Stadtverwaltung von Porto Alegre sowie ein Mitglied der am Bürgerhaushalt teilnehmenden Initiative „Solidaridade“ 18 Städte in Deutschland. Als Folge davon wird in immer mehr Orten die Einführung von Bürgerhaushalten von den verschiedensten Akteuren angeregt. Dies soll Grund genug sein, einmal über die Herausforderungen bei der Einführung und Durchführung von Bürgerhaushalten nachzudenken. In diesem Zusammenhang möchte ich einige Aspekte aus unserem Forschungsprojekt am Centre Marc Bloch vorstellen, in dessen Rahmen geplant ist, mit einer Förderung durch die Hans-Böckler-Stiftung¹ Bürgerhaushalte aus verschiedenen Ländern Europas zu untersuchen.

Die Entwicklung in Europa

Derzeit gibt es in Europa ca. 30-40 Städte mit einem Bürgerhaushalt. Eine genaue Zahl lässt sich nicht benennen, da bisher eine allgemein anerkannte Definition über Inhalt und Verfahren eines Bürgerhaushaltes fehlt. Es lässt sich jedoch sagen, dass sich Partizipationsformen bei der Aufstellung und Umsetzung von kommunalen Haushalten schwerpunktmäßig in Spanien, Frankreich und Deutschland entwickelt haben. Auch in Belgien und Italien ist demnächst mit der Einführung weiterer Bürgerhaushalte zu rechnen. Darüber hinaus gibt es in Skandinavien und in den Niederlanden Beteiligungsverfahren mit einer finanzpolitischen Relevanz. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn ein Stadtentwicklungsplan partizipativ mit den BürgerInnen erarbeitet wird.

Trotz des wachsenden Interesses am Bürgerhaushalt fällt auf, dass die Entwicklung dieses Beteiligungsverfahrens in den verschiedenen europäischen Ländern bisher andere Richtungen genommen hat. Hierbei lassen sich in einer groben Einteilung die Erfahrungen in Spanien und Frankreich von denen in Deutschland unterscheiden. Die romanischen Länder stehen schon seit einigen Jahren in Kontakt mit Porto Alegre und haben zum Teil auch schon untereinander Städtenetzwerke aufgebaut. In Deutschland wurde die Einführung von Bürgerhaushalten durch eine Diskussion über die Modernisierung der Verwaltung angestoßen. Vorbild war hier zunächst die neuseeländische Stadt Christchurch, die 1993 von der Bertelsmann Stiftung mit einem Preis für gutes Regieren ausgezeichnet worden ist. Charakteristisch für die Entwicklung des Bürgerhaushaltes in Deutschland ist das Engagement von Stiftungen und überparteilichen Organisationen, wie die Bertelsmann Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle KGSt. In Spanien und Frankreich hingegen wurde die Einführung von Bürgerhaushalten vor allem durch (linke) Parteien vorangetrieben, was zum Teil zu einer starken Politisierung geführt hat. In Deutschland wurde Porto Alegre erst in den letzten Jahren als ein ernst zu nehmendes Beispiel der Bürgerbeteiligung in die Diskussion eingeführt. Einen wesentlichen Beitrag hierzu haben die Aktivitäten der Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ und InWEnt gGmbH geleistet, die auch Gastgeber des heutigen Treffens sind. Eine Vertiefung des Austausches mit Porto Alegre, als auch mit anderen Städten in Lateinamerika und Europa, wird in Zukunft über das Netzwerk „Kommunale Finanzen und Bürgerhaushalt“ möglich sein, das derzeit im Rahmen von URBAL gegründet wird. Das Beispiel Porto Alegre führte in Deutschland– wenn

¹: Eine Entscheidung über eine Zusage der Förderung stand zum gegenwärtigen Zeitpunkt (29.09.2003) noch aus.

auch mit zeitlicher Verzögerung im Vergleich zu Frankreich und Spanien – dazu, dass sich zivilgesellschaftliche Gruppen für einen Bürgerhaushalt stark machen. Dies ist unter anderem in Berlin der Fall, wo das Engagement von BürgerInnen inzwischen dazu geführt hat, dass die Bundeszentrale für politische Bildung zur Einführung eines Bürgerhaushaltes einen Dialogprozess mit allen parteipolitischen Stiftungen begonnen hat.

Herausforderungen bei der Implementierung

Im Centre Marc Bloch wollen wir unter der Leitung von Professor Dr. Yves Sintomer und unter Mitarbeit von Anja Röcke und mir die Entwicklung des Bürgerhaushaltes in Europa etwas genauer betrachten. Ziel ist, Handlungsoptionen für Herausforderungen zu finden, die bei der Durchführung von Bürgerhaushalten zu beachten sind. Denn bisher fehlt es an einer länderübergreifenden Analyse der Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt in Europa. In diesem Zusammenhang werden wir auch Indikatoren zur Evaluierung von Bürgerhaushalten erarbeiten. Im folgenden möchte ich mich jedoch darauf beschränken, einige Hindernisse zu skizzieren und, so weit es die Zeit erlaubt, zu vertiefen:

- **Beteiligung:** Bei den meisten europäischen Bürgerhaushalten ist die Beteiligung noch gering. Auf den Veranstaltungen des Bürgerhaushaltes sind vor allem Angehörige der Mittelschicht zu finden, während sozial Benachteiligte, MigrantInnen und Jugendliche fehlen. Lediglich bei der Beteiligung von Frauen sind Fortschritte zu beobachten. Ihr Anteil ist beim Bürgerhaushalt höher als in den traditionellen Formen der repräsentativen Demokratie. Zu diskutieren ist von daher, wodurch Bürgerhaushalte legitimiert sind, wenn die Beteiligung gering ist. Es ist zu fragen, welche anderen Formen der Legitimation es neben der Repräsentation geben könnte. Auch müsste geklärt werden, inwiefern Akteure aus Politik und Verwaltung dieses Verfahren zur Förderung von Klientel-Interessen missbrauchen können.
 - **Verhältnis von repräsentativer und partizipativer Demokratie:** Von den gewählten VertreterInnen in den Parlamenten bzw. kommunalen Vertretungen wird der Bürgerhaushalt oftmals als Konkurrenz verstanden und die Einführung derartiger Verfahren behindert oder blockiert. Es muss darum aufgezeigt werden, welche Vor- und welche Nachteile PolitikerInnen von einem Bürgerhaushalt zu erwarten haben. Des Weiteren wollen wir untersuchen, welche kommunalen Themen vorzugsweise von BürgermeisterIn/Rat, Verwaltung oder BürgerInnen zu entscheiden wären.
 - **Effizienz:** Im Kern geht es in diesem Punkt darum, wie Partizipation, Effizienz und Verwaltungsmodernisierung zu verbinden sind. Denn ein Bürgerhaushalt macht nur Sinn, wenn er zu einer besseren, d.h. nicht nur demokratischeren, sondern auch effizienteren Verteilung knapper Mittel beitragen kann. Aus diesem Grunde steht die Frage im Mittelpunkt, inwiefern der Bürgerhaushalt den Output der Kommunen verbessern kann, indem er z.B. der Verschwendung von öffentlichen Mitteln vorbeugt und das Geld insgesamt effizienter ausgegeben wird. Diesen Punkt werde ich im Folgenden noch vertiefen und Beispiele anführen.
 - **Integration der MitarbeiterInnen der Verwaltung:** Die in der Verwaltung arbeitenden Menschen nehmen bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligung eine Schlüsselfunktion ein: Partizipation kann mittelfristig nur Erfolg haben, wenn die MitarbeiterInnen der Verwaltung davon überzeugt sind und sich mit dem Verfahren identifizieren. Deshalb ist zu fragen, wie die MitarbeiterInnen an der Ausarbeitung der Verfahren beteiligt und auf die Bürgerbeteiligung vorbereitet werden können. Entscheidend ist dabei, wie Partizipation verstanden wird. Je nach dem ob sie von den MitarbeiterInnen als Chance oder als Bedrohung verstanden wird, wird dies unterschiedliche Folgen auf die Durchführung eines Bürgerhaushaltes haben.
-

- **Gender Mainstreaming:** In den meisten Fällen gibt es bei Bürgerhaushaltsverfahren eine relativ hohe Beteiligung von Frauen. Von daher ist zu fragen, in welchem Sinn ein Bürgerhaushalt Frauen einen neuen Weg zur Beteiligung bieten kann. Inwiefern werden geschlechterspezifische Unterschiede im Verfahren des Bürgerhaushaltes berücksichtigt? Wir wollen untersuchen, inwiefern genderrelevante Aspekte bei den Bürgerhaushalten in Europa durch besondere Mechanismen oder zusätzliche Veranstaltungen berücksichtigt werden können.
- **Dynamik und Vernetzung:** Eine Einbindung in Netzwerke ist für die Entwicklung der Dynamik des Partizipationsprozesses von Bedeutung, sofern sie einen Austausch mit anderen Erfahrungen ermöglicht. Darüber hinaus kann eine Evaluierung zur Entwicklung der Dynamik beitragen. Hier ist unter anderem zu fragen, nach welchen Kriterien dies geschieht, wie diese gebildet und ob BürgerInnen bei der Auswertung mit einbezogen werden.

Effizienz von Verwaltungshandeln

Ein Bürgerhaushalt kann auf verschiedene Art und Weise zur Effizienz von Verwaltungshandeln beitragen. Ein erster Ansatz besteht in der Einbeziehung von bürgerschaftlichem Wissen. Das heißt, BürgerInnen liefern der Verwaltung bzw. den EntscheidungsträgerInnen in der Politik Informationen zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungsproduktion. Hierzu gehört unter anderem das Alltagswissen: BürgerInnen können zum Beispiel Hinweise zur Optimierung von Busstrecken, Fahrtzeiten, Öffnungszeiten von öffentlichen Einrichtung etc. geben. Des Weiteren kann unter bürgerschaftlichem Wissen das Fachwissen von Vereinen und Initiativen verstanden werden. Vereine und Initiativen verfügen zum Teil über erhebliche Kompetenzen – zum Beispiel in sozialen oder ökologischen Bereichen –, von denen die Verwaltung durch die Erarbeitung von Expertisen profitieren könnte. Und schließlich kann auch ein so genanntes bürgerschaftliches Bewusstsein zur Effizienz beitragen: Wenn BürgerInnen bewusst ist, wo und wie sie bei Politik und Verwaltung am besten ihre Anliegen einbringen, trägt dies zur Effizienz des Funktionierens der lokalen Demokratie bei. Ein Bürgerhaushalt könnte dieses Wissen fördern und gleichzeitig von ihm profitieren.

Ein zweiter Ansatz zur Verbesserung der Effizienz liegt im Verfahren des Bürgerhaushaltes begründet: Wenn ein Bürgerhaushalt nicht nur aus großen Versammlungen und/oder Konsultationen besteht, sondern Momente eines intensiven Meinungs- und Informationsaustausches beinhaltet, können konkrete Vorschläge zur Effizienz erarbeitet werden. Aus diesem Grunde sollte ein Bürgerhaushalt Möglichkeiten einer guten Deliberation enthalten. In Porto Alegre werden durch das Verfahren „Bürgerhaushalt“ Entscheidungen organisiert. Aufgrund klarer Regeln wird über die Verteilung von Ressourcen und über die Umsetzung von Projektvorschlägen entschieden. Der Bürgerhaushalt mindert/verhindert Konflikte, die andernorts zu jahrelangen Verzögerungen führen würden, wie es oft bei Großprojekten aber auch bei Sparmaßnahmen der Fall ist. Diese Funktion wird sowohl für die mikrolokale Ebene des Stadtteils als auch für die gesamtstädtische Ebene übernommen.

Ein dritter Ansatz bezieht sich auf die Verbindung von Bürgerhaushalt und Verwaltungsmodernisierung. Der Bürgerhaushalt kann als Bestandteil der Verwaltungsmodernisierung genutzt werden, wie es in vielen deutschen Beispielen angelegt ist. Hier ist noch zu prüfen, inwieweit durch einen Bürgerhaushalt mittels Informationsveranstaltungen, Beratungsgremien und/oder Kommissionen zur Begleitung von Projekten auf die Verwaltung Druck zu einem effizienteren Handeln ausgeübt werden kann. Zur Vereinfachung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren kann hier die Einführung eines Bindeglieds von Vorteil sein. Vorschläge aus der Bevölkerung könnten dann den zuständigen Stellen der Verwaltung direkt übermittelt werden. Wertvolle Informationen werden nicht in Berichten versteckt, sondern die BürgerInnen erhalten

nach kurzer Zeit eine Rückmeldung. In Porto Alegre wird diese Funktion vom Bürgeramt CRC übernommen, in Berlin geschieht dies teilweise durch das Quartiersmanagement.

Schluss

Mit dem Forschungsprojekt „Europäische Bürgerhaushalte“ hoffen wir, die Diskussion über mögliche Verfahren des Bürgerhaushaltes in Deutschland zu erweitern und die Beantwortung der oben skizzierten Fragen unter Berücksichtigung der lokalen Kontexte zu präzisieren. Wir glauben nicht, dass ein Verfahren eins zu eins übertragbar ist, jedoch sind wir überzeugt, dass von den Erfahrungen andernorts gelernt werden kann. Sobald erste Ergebnisse vorliegen, stellen wir sie gerne im Rahmen dieser Fachgespräche oder anderer Gelegenheiten vor. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Weitere Informationen siehe auch:

- www.cmb.hu-berlin.de



Beiträge der Praktiker – abschließende Kommentare zu den Programmentwürfen:

H. Adam: Aus der Sicht eines Verwaltungsmitglieds ist die Bürgerbeteiligung im Bereich des investiven Haushalts sinnvoll – dort gibt es einen tatsächlichen Spielraum um zu entscheiden, wofür das Geld ausgegeben werden soll (Beispiel: sanierte Kriegsruine versus Kindergarten). Es wäre praktischer und lebensnäher die BürgerInnen zu fragen, wofür ihr Geld ausgegeben werden soll. Eine Schwierigkeit an der Bürgerbeteiligung ist allerdings, dass sich doch immer die melden, die sich eh schon beteiligen – da stellt sich also die Frage der Repräsentanz. Bürgerbeteiligung sollte keine Alibifunktion haben. Sie macht nur dann Sinn, wenn sie von der Politik auch ernst genommen wird und bei deren Entscheidungen entsprechend und nachvollziehbar

berücksichtigt wird. Die Politik hat sich zu weit von den BürgerInnen entfernt und handelt nicht unbedingt im Sinne des Allgemeinwohls. Aber: Angesichts der desolaten Haushaltslage (Abbau von Stellen – Aufgabenabbau) ist es jedoch unwahrscheinlich, sich auch noch um eine weitergehende Bürgerbeteiligung kümmern zu können.

G. Dietz: Wir kommen am Weg der Bürgerbeteiligung nicht vorbei, weil den BürgerInnen ja erklärt werden muss, was getan wird. Entscheidungen können natürlich auch über Ratsbeschluss getroffen werden (das sind ja gewählte Vertreter) aber wir finden das ist nicht genug, wir müssen mehr erklären.

M. Maurer: Dabei stellt sich eine Frage – wie qualifiziere ich die Entscheider darin Entscheidungen treffen zu können (das nötige Fachwissen zu haben)?

G. Dietz: Wenn sich alle einig sind ist alles richtig und dann wird es gemacht. Die Qualifizierung ist ein Dauerthema – man könnte auch fragen: wer qualifiziert die Räte. Aber das ist Demokratie, sie wurden gewählt.

A. Poppenborg: Auch in Esslingen entscheiden die BürgerInnen nicht, sondern unterstützen den Rat – es geht darum, Transparenz herzustellen und den Diskurs zu ermöglichen – ein erster Schritt dazu ist die verständliche Aufbereitung der Informationen.

G. Winkler: Nur als Ergänzung: auch in Porto Alegre entscheidet am Ende der Stadtrat, aber die BürgerInnen tragen zum Prozess der Entscheidungsfindung bei.

C. Herzberg: Zur Frage der Effizienzsteigerung durch den Bürgerhaushalt: Durch Bürgerbeteiligung können auch Aufgaben von den BürgerInnen übernommen – und damit der Verwaltung abgenommen werden. Unsere Verfahren hier doppelten den Aufwand oftmals und erhöhen die Arbeit.

U. Nitschke: Dabei ist es ganz wichtig die Politik „mitzunehmen“ – ohne Ratsentschluss sollte man nicht anfangen.

G. Dietz: Vielleicht muss man stärker über die politischen Stiftungen gehen und das Thema forcieren, oder aber stärker über die Parteien und den Wahlkampf. Letztlich stellt sich die Frage: was habe ich davon (vom Bürgerhaushalt), und das muss deutlich gemacht werden.

W. Stach: Für mich ist ein Beispiel der Effizienzsteigerung dass BürgerInnen akzeptieren, dass nur begrenzte Mittel vorhanden sind, Eigeninitiative übernehmen und etwas selbst machen.

Planung und Aussicht 2004

Zusammenfassung der abschließend formulierten Ideen und Vorschläge:

- Ansätze für die Zukunft: Politisieren? Effizienzgewinne verdeutlichen!
 - Nicht nur Vorteile des Bürgerhaushalts in den Fordergrund der Diskussion stellen sondern auch Misserfolge und die Gründe dafür thematisieren.
 - Stärkerer Dialog und Austausch mit erfahrenen Bürgerhaushaltsgemeinden, z.B. in Brasilien ist wünschenswert. Dabei kann es nicht um die direkte Anwendbarkeit gehen, sondern darum, Anregungen zu bekommen. Z.B. über ASA (konkretes Angebot). Der Austausch sollte mit deutschen Verwaltungsangestellten stattfinden.
 - Wunsch nach verstärktem europäischem Austausch – vielleicht mit Frankreich und Spanien – das reduziert auch die Sprachprobleme (Portugiesisch/ Brasilien)
-

- Modell Bürgerstiftungen in den Erfahrungsaustausch einbeziehen (ehrenamtliche Tätigkeit)
 - Diepholz ist am „Esslinger Modell“ interessiert, Übertragbarkeit bleibt zu überprüfen
 - Vernetzung KATE/SKEW-InWEnt mit Forschungsprojekt versuchen (z.B. über Centre Marc Bloch)
 - Strategische Partner suchen (z.B. politische Stiftungen)
 - Netzwerktreffen fortsetzen (in ca. zwölf Monaten)
 - Mischung aus Theoretikern und Praktikern der TeilnehmerInnen am Netzwerktreffen beibehalten; zukünftig auch Personen aus politischen Stiftungen einladen sowie VertreterInnen aus der Politik – die Teilnehmerzahl sollte allerdings nicht zu groß werden, damit auch diskutiert werden kann.
-



Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

SERVICESTELLE ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt 29. September 2003

- 11:00 Uhr Begrüßung und Moderation
Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle
- 11:15 Uhr Vorstellungsrunde
Erwartungen an das heutigen Treffen und ein potenzielles Netzwerk
- 11:45 Uhr Austausch über bestehende Programme –
erfolgreiches Vorgehen / wesentliche Widerstände
- NRW-Modellkommunen, Walter Stach, *Bertelsmann Stiftung*
 - KGST-Handlungsmodell, *Patrik Lehmann, KGST*
 - Programme aus Baden-Württemberg, *KATE e.V., H-B-S Baden-Württemberg*
 - ASA / SKEW-Programm, *Albrecht Ansohn, ASA*
 - Modell Esslingen, *Annika Poppenborg, AIS/Fraunhofer*
- 13:20 Uhr Mittagspause
- 13:50
- Modell Berlin Mitte, *Lars Vogelsang*
 - Forschungsprojekt Centre Marc Bloch, *Carsten Herzberg*
- 14:30Uhr Planung und Aussicht 2004
- ASA-Programm in deutschen Kommunen
 - Internationale Vernetzung
 - Wer macht was bis wann
 - Neue Kooperationen
- 15:00 Uhr Ende der Veranstaltung
-

Teilnehmer der Fachtagung Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt 29.09.2003

Vorname	Nachname	Institution	Email
Helmut	Adam	Landeshauptstadt Hannover, Bereichsleiter Haushalt	helmut.adam@hannover-stadt.de
Albrecht	Ansohn	ASA Berlin, InWEnt gGmbH	albrecht.ansohn@inwent.org
Gerhard	Dietz	Bürgermeister von Rheinstetten	buergerhaushalt@rheinstetten.de
Carsten	Herzberg	Centre Marc Bloch	cherzberg@web.de
Silvia	Hesse	Agenda 21-Büro Stadt Hannover	silvia.hesse@Hannover-stadt.de
Sylvia	Hoyer	Stadt Erfurt, Stadtentwicklung und lokale Agenda 21	sylvia.hoyer@erfurt.de
Astrid	Karg	Dokumentation	astrid.karg@t-online.de
Josef	Kömpel	Stadt Bonn, Kämmerei	josef.koempel@bonn.de
Gertrud	Kreuter	InWEnt gGmbH, Regionales Zentrum Niedersachsen	gertrud.kreuter@inwent.org
Patrik	Lehmann	KGSt	patrick.lehmann@kgst.de
Susanne	Lietzmann	InWEnt gGmbH, Regionales Zentrum Baden-Württemberg	susanne.lietzmann@inwent.org
Michaela	Maurer	KGSt	michaela.maurer@kgst.de
Ulrich	Nitschke	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	ulrich.nitschke@inwent.org
Annika	Poppenborg	Fraunhofer Institut, AIS	annika.poppenborg@-ais.fraunhofer.de
Jörg	Spicker	Agenda 21-Förderverein in Diepholz e.V.	isa21@t-online.de
Walter	Stach	Bertelsmann Stiftung	walter-stach@t-online.de
Lars	Vogelsang	Agenda-Agentur Berlin	vogelsang@agenda-agentur.de
Gabriele	Winkler	KATE e.V., Stuttgart	gabi.winkler@kate-stuttgart.org
Renate	Wolbring	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	renate.wolbring@inwent.org

Einige Informationen zu URB-AL

URB-AL ist ein Programm der Europäischen Union für Städte in Lateinamerika und Europa, die zu gemeinsamen Themen arbeiten und sich austauschen wollen. URB-AL besteht aus einer Reihe von Netzwerken. So hat zum Beispiel Stuttgart das Netzwerk „Steuerung der urbanen Mobilität“ koordiniert. Das neue Netzwerk „Kommunale Finanzen und Beteiligungshaushalte“ wird von der brasilianischen Stadt Porto Alegre geleitet. Vom 26.-28. Januar 2004 wird dort die offizielle Gründungsveranstaltung stattfinden.

Für eine Teilnahme am Netzwerk ist es erforderlich, das folgende Formular zur Mitgliedschaft ausgefüllt und mit einem Stempel der Stadt signiert an das Internationale Büro nach Porto Alegre zu schicken sowie zur Dokumentation eine Kopie an das Centre Marc Bloch in Berlin und an das Urban Management Programme der Vereinten Nationen in Quito. Zudem ist ein Fragebogen mit Angaben zur Stadt und zu dem Verfahren der Bürgerbeteiligung auszufüllen. Mit der Mitgliedschaft werden keine Verpflichtungen eingegangen.

Das Netzwerk bietet Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch zum Thema Bürgerhaushalt durch jährliche Treffen und gegenseitige Besuche. Des Weiteren ist die Erarbeitung von Materialien sowie die Durchführung von Projekten, wie zum Beispiel die Einrichtung eines Evaluationszentrums, geplant.

Es werden noch deutsche Kommunen gesucht (nur Kommunen können Mitglied werden, keine NGOs), die bei URBAL mitmachen möchten.

Herr Carsten Herzberg vom Centre Marc Bloch fungiert derzeit als Vermittlungsperson zwischen Porto Alegre und interessierten Städten in Deutschland. Interessierte Städte können sich unter folgender Adresse bei ihm melden:

Carsten Herzberg – Centre Marc Bloch

Deutsch-Französisches Forschungszentrum für Sozialwissenschaften

Schiffbauerdamm 19, 10117 Berlin, Deutschland

Tel.(dienstl.): *49/(0)30 / 2093 37 95

Tel.(mobil): *49/ 0175 / 518 24 36

Fax:(dienstl.): *49/(0)30 / 2093 37 98

Mail: hca@cmb.hu-berlin, cherzberg@web.de

Infoblatt URBAL

Netzwerk N° 9: Lokale Finanzen und Beteiligungshaushalt

Hintergrund

URB-AL ist ein Programm der Europäischen Union für Städte in Lateinamerika und Europa. Es dient zum Austausch über Themen beiderseitigen Interesses. Das Programm besteht aus einer Reihe von Netzwerken, denen auch Kommunen in Deutschland angehören. Das neue Netzwerk „Lokale Finanzen und Beteiligungshaushalte“ wird von der Stadt Porto Alegre koordiniert. Im Januar 2004 wird die offizielle Gründungsveranstaltung des Netzwerkes stattfinden. Für eine Teilnahme am Netzwerk ist es erforderlich, das *Formular zur Mitgliedschaft* an die angegebene Adresse nach Porto Alegre zu senden.

Netzwerke

Netzwerk n° 1: Die Drogenpolitik in den Städten
Santiago de Chile – Chile

Netzwerk n° 6: Städtische Umwelt
Málaga – Spanien

Netzwerk n° 2: Erhaltung und Pflege der Bausubstanz historischer Stadtzentren
Vicenza – Italien

Netzwerk n° 7: Verwaltung und Steuerung der Urbanisierung
Rosario – Argentinien

Netzwerk n° 3: Demokratie im Alltag der Städte
Issy-les-Moulineaux – Frankreich

Netzwerk n° 8: Steuerung der urbanen Mobilität
Stuttgart – Deutschland

Netzwerk n° 4 : Die Stadt als Zugmaschine der wirtschaftlichen Entwicklung
Madrid – Spanien

Netzwerk n° 9: Lokale Finanzen und Beteiligungshaushalt
Porto Alegre – Brasilien

Netzwerk n° 5: Sozialpolitik in den Städten
Montevideo – Uruguay

Aktivitäten des Netzwerkes n° 9 „Lokale Finanzen und Beteiligungshaushalt“

- Jahrestreffen
- Fortbildungen
- Publikation von Materialien
- Gegenseitige Besuche
- Stimulierung von Forschung
- Aufbau einer Datenbank
- Forum der Zivilgesellschaft
- Rundbrief
- Bilddokumentation
- Seminare
- Projekte (z.B. Observatorium)

Kontakt und Ansprechpartner

Ansprechpartner in Partner in Porto Alegre ist die Abteilung für Internationale Beziehungen:

COORDENAÇÃO DA REDE 9 DO PROGRAMA URB-AL
Gabinete do Prefeito – Relações Internacionais
Praça Montevideo, 10
Porto Alegre/RS – CEP: 90010-170
Brasilien
Tel: (*55 51) 3289-3651 – Fax: (*55 51) 3211-1265
Mail : urbal9@qp.prefpoa.com.br



Prefeitura Municipal de Porto Alegre

GABINETE DO PREFEITO

Rua Uruguai, 155, 14º andar Porto Alegre – RS CEP 90010-140 Tel: (*55 51) 3289 3602

Fax (*55 51) 32 89 3613

Porto Alegre, Juni 2002

Verehrte Kollegin/Verehrter Kollege,

indem ich Sie herzlich grüße, möchte ich Ihre Stadt um die Unterstützung der Kandidatur bitten, die Porto Alegre zusammen mit dem Programm URBAL der Europäischen Union präsentieren wird, um in Programmphase 2 das Netzwerk N° 9 zu koordinieren, dessen Bereich „**Kommunale Finanzen und Beteiligungshaushalt**“ sein wird.

Das Programm URBAL wurde 1995 mit dem Ziel gegründet, die dezentrale internationale Zusammenarbeit zu intensivieren, um auf diese Weise den Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Vermittlung von Fähigkeiten und *Know-how* verschiedenster Themen beiderseitigen Interesses zu fördern.

Übereinstimmend mit dem oben gesagten, wurde vor kurzem die zweite Phase des Programms URBAL begonnen, die die Gründung sechs neuer Themennetzwerke vorsieht, von denen eins das für **Kommunale Finanzen und Beteiligungshaushalt** ist.

Porto Alegre entwickelt seit 1989 kontinuierlich einen Prozess der Bürgerbeteiligung am Stadthaushalt. Diese als Beteiligungshaushalt bezeichnete Erfahrung wurde bereits anlässlich der II. Habitat Konferenz 1996 in Istanbul von der UNO als eine der weltweit 40 besten Praktiken kommunaler Verwaltung ausgezeichnet. Die Umsetzung des Beteiligungshaushaltes wird ebenso von der Weltbank als ein Beispiel kontinuierlicher Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft empfohlen.

Die Erfahrungen mit der Einführung und Durchführung des Beteiligungshaushaltes befähigen die Stadt Porto Alegre, eine Kandidatur zur Koordination des Netzwerkes zu präsentieren. Aufgrund der Bedeutung Ihrer Stadt möchte ich Sie einladen, aktiver Teil der gemeinsamen Bemühungen von lateinamerikanischen und europäischen Städten zu werden, indem Sie diese Form der innovativen Demokratisierung des öffentlichen Raumes diskutieren und verbreiten. Aus diesem Grunde möchten wir Sie um Ausfüllung und Zusendung des beiliegenden Formulars der vorläufigen Mitgliedschaft bis zum 5. Juni des laufenden Jahres bitten.

In der Hoffnung Ihre Unterstützung und Mitgliedschaft zu gewinnen, verabschiede ich mich mit herzlichen Grüßen.

Hochachtungsvoll,

João Verle

Bürgermeister

Erklärung der Mitgliedschaft im Netz N° 9: Lokale Finanzen und Beteiligungshaushalt
--

1. Kommune

	Partner mit vollen Rechten
Vollständige juristische Bezeichnung:	
Nationalität:	
Rechtsstatus:	
Offizielle Anschrift:	
Zu benachrichtigende Person:	
Telefonnummer:	
Faxnummer:	
E-Mail:	
Vorhergehende Kooperation mit dem Kandidaten	

2. Erklärung der Mitgliedschaft

Name:	
Organisation:	
Funktion:	
Unterschrift des PARTNERS (Person, die rechtlich legitimiert ist, die Kommune zu repräsentieren) DATUM und ORT	
Unterschrift des KANDIDATEN (Person, die rechtlich legitimiert ist, die Kommune zu repräsentieren) DATUM und ORT	

Artikel aus: Stadt- und Gemeinde, Ausgabe 10/2003

Wie demokratisch sind wir?

Lokale Demokratiebilanz am Beispiel der Stadt Viernheim

Von Beate Ramm

Fördern wir bürgerschaftliches Engagement und Mitverantwortung ausreichend? Auf diese Frage will die "Lokale Demokratiebilanz" Antworten finden. Ihre zwei wichtigsten Elemente sind eine Bürgerbefragung und eine Bestandsaufnahme und Ideenfindung innerhalb der Verwaltung. Sie geben Auskunft über den Stand von Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung in der jeweiligen Kommune. Die Ergebnisse münden in Handlungsempfehlungen für ein besseres Demokratieklima vor Ort, getragen von Kommunalpolitik und -verwaltung, Vereinen, Verbänden und Bürgergruppen. Durch die regelmäßige Wiederholung – in einem Abstand von zwei bis drei Jahren – ermöglicht die "Lokale Demokratiebilanz", den erreichten Fortschritt zu messen.

"Wir brauchen zwar die repräsentative Demokratie", so der Viernheimer Bürgermeister, Matthias Baaß, "aber gleichzeitig auch Strukturen, die es ermöglichen, dass Bürger sich besser einbringen können." Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung sollen dazu motiviert werden, Bürgerbeteiligung nicht als leidige Pflicht, sondern als willkommene Ressource in ihr Denken und Arbeiten zu integrieren. Denn selbst in Viernheim, als CIVITAS-Mitglied eine Art Vorzeige-Kommune für Bürgerorientierung, fehlt offenbar vielen Menschen das Gefühl, in Kommunalpolitik und Stadtentwicklung wirklich etwas bewegen zu können.

Bürgerbefragung in Viernheim

Die meisten Viernheimer finden, dass sich die Menschen in ihrer Stadt sehr aktiv in freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten einbringen. Zusätzlich zu den 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die sich tatsächlich in irgendeiner Form engagieren, sind mehr als ein Drittel bereit, erstmalig eine ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen.

Nicht zufrieden sind die meisten Befragten mit den bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen in ihrer Stadt. Mehr als zwei Drittel erachten solche Möglichkeiten jedoch als wichtig. Viernheim erzielt deshalb im Urteil seiner Bürgerinnen und Bürger mit 58 von 100 Punkten einen guten, aber noch steigerungsfähigen Wert im "Demokratie-Index", einem in Zusammenarbeit mit Infratest entwickelten Messinstrument zur Erfassung des Beteiligungsklimas in Kommunen.

Durch etablierte Politikformen lässt sich das große Engagementpotenzial in der 34 000-Einwohner-Stadt Viernheim offenbar nicht aktivieren. Die Beteiligung an den Kommunalwahlen war 2001 mit 45 Prozent eklatant niedrig. Besonders viele junge Leute kennen keinen einzigen Stadtverordneten. Fast drei Viertel aller Befragten fühlen sich durch den Stadtrat nur "teilweise" gut vertreten und über seine Arbeit auch nur "teilweise" gut informiert.

Die Tatsache, dass die Menschen einerseits mehr Einfluss fordern, sich andererseits aber nicht an den klassischen demokratischen Meinungsbildungsprozessen, beispielsweise in den Parteien, beteiligen, signalisiert Handlungsbedarf. Wie müs-

sen die Strukturen beschaffen sein, die zur Mitwirkung motivieren? Dies ist eine zentrale Frage, zu deren Klärung die "Lokale Demokratiebilanz" beitragen will.

Beispielhafte Engagementförderung erreicht nicht alle

"Die Bürger sehen sich zu wenig informiert über das kommunale Geschehen und zu wenig beteiligt an konkreten Entscheidungsprozessen", so das Fazit des Viernheimer Bürgermeisters. Die verbreitete Unzufriedenheit der Viernheimer Bürgerinnen und Bürger über ihre politischen Einflussmöglichkeiten überrascht besonders angesichts des Einfallsreichtums, mit dem die Stadt bereits seit einigen Jahren eine außerordentlich differenzierte und erfolgreiche Engagementförderung betreibt. In Sport, Gesundheitsförderung, Stadtentwicklung, Kultur, Bildung und im sozialen Bereich gibt es eine Fülle von Projektkooperationen und öffentlichkeitswirksamen Events.

Als CIVITAS-Kommune und Mitglied im "Gesunde-Städte-Netzwerk" hat Viernheim eine beispielhafte Selbsthilfe- und Freiwilligenkultur etabliert. Dabei orientiert sich die Stadt an einem Leitbild, das die Bürgerorientierung in der Verwaltung verankert. Die Mitarbeiter in der Verwaltung werden regelmäßig geschult. Es gibt ein aktives Informations- und Beschwerdemanagement und vielfältige Möglichkeiten, Ideen und Vorschläge einzubringen über Internet, Bürgerbriefkasten, Bürgerversammlungen und Bürgerbefragungen. Bürgerbüros und "Mobile", eine Steuerungsgruppe aus Bürgerinnen und Bürgern, Fachvertretern und städtischen Mitarbeitern, betreiben Engagementförderung und stellen Kontakte für freiwillige Mitarbeit her. Dennoch wissen nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen, die für die "Lokale Demokratiebilanz" befragt wurden, dass die Stadt ehrenamtliches Engagement fördert.

Kommunikationskultur verbessern

Wenn Informationsdefizite zu einer negativen Bewertung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten führen, sind Information, Kommunikation und Transparenz für ein gesundes Demokratieklima von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus reicht es offenbar nicht aus, die kommunalen Mitwirkungsangebote auf bestimmte Politikfelder zu konzentrieren. An dieser Stelle greift die Idee der "Lokalen Demokratiebilanz", Bürgerbeteiligung als Gesamtstrategie, also als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts, zu etablieren.

"Die Frage ist doch: Wie stelle ich eine bessere Beteiligungskultur her?", so Bürgermeister Matthias Baaß. "Beteiligung kann ja nicht heißen, dass alles so entschieden werden muss, wie ich es als Bürger meine. Aber wir müssen – in der Verwaltung und auch in den Parteien – die Entscheidungswege offen legen und nicht in internen Kreisen verhandeln." Diese Haltung ihres Bürgermeisters haben die Viernheimer Wähler bei der letzten Direktwahl bereits deutlich honoriert.

Bestandsaufnahme und Ideensuche in allen Verwaltungsressorts

Zweites Standbein der "Lokalen Demokratiebilanz" ist neben der Bürgerbefragung eine Selbstbewertung der Verwaltung in Sachen Bürgerbeteiligung (Verwaltungsenquete). In Viernheim wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Abteilungen der Stadtverwaltung in zehn Workshops für die Thematik sensibilisiert und zu eigenen Ideen für die Förderung von Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung angeregt. Nicht alle Ressorts eignen sich gleichermaßen für eine Bürgerbeteiligung. Hoheitliche Aufgaben und gesetzliche Bestimmungen lassen beispielsweise in der Kämmerei und im Sozialamt kaum Handlungsspielräume. Wie einige Ideen zeigen, sollte man dennoch keine Abteilung von vornherein aus-

einige Ideen zeigen, sollte man dennoch keine Abteilung von vornherein ausschließen. So wurde beispielsweise angeregt, ein Bürgergremium einzurichten, das die Zuschüsse an freie Träger oder Selbsthilfegruppen verteilt und über die Vergabe finanzieller Mittel in ausgesuchten Bereichen mitbestimmt. Mitarbeiter des Sozialamts schlugen vor, Treffs einzelner Interessengruppen als Brücke zwischen Amt und Hilfesuchenden einzurichten. Die Stadtentwicklung und Umweltplanung will unter Vorgabe entsprechender Spielregeln bindende Bürgerentscheide bei einzelnen Planungen zulassen.

Vorbehalte in der Verwaltung abbauen

Generell stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung fest, dass die Bürgerinnen und Bürger selbstbewusster geworden sind. Sie formulierten Forderungen und Ansprüche und versuchten, diese auch durchzusetzen. Ihnen diesbezüglich mehr Rechte und Möglichkeiten einzuräumen, nährt unter den Verwaltungsangehörigen Ängste vor Basisdemokratie und Machtverlust. Diktieren jetzt die Bürger die Politik? Diese Sorge ist insbesondere in Verwaltungseinheiten verbreitet, die bisher wenig Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gemacht haben. Hier ist Supervision und Fortbildung vonnöten.

"Der Bürger denkt vernünftig und sparsam", fasst Bürgermeister Matthias Baaß seine positiven Erfahrungen mit konkreten Beteiligungsprojekten zusammen. Transparente Verwaltungsentscheidungen lösten Vorbehalte auf und führten dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mit dem Ergebnis identifizieren können.

Ziel und Zeitraum für Engagement eingrenzen

Die Ergebnisse der Viernheimer "Lokalen Demokratiebilanz" wurden mit Verwaltungsgremien, interessierten Bürgerinnen und Bürgern und den Multiplikatoren in Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen diskutiert und bewertet. Ergebnis dieses Rückkoppelungsprozesses sind konkrete Handlungsschritte: Anerkennung und Qualifizierung bürgerschaftlichen Engagements, dauerhafte Verbesserung der Servicequalität, Information und wirkungsvolle Mitbestimmung, Rollenklärung der Kommunalpolitik, Selbstverständnis der Kommunalverwaltung und Praxisprojekte sowie Delegation von Verantwortung und Finanzen.

Parallel wird bereits an der Umsetzung gearbeitet. Erster Schritt war ein "Markt der Möglichkeiten", eine Art Jobvermittlungsbörse im Ehrenamt. Sie wendete sich insbesondere an die rund 500 Personen, die im Rahmen der ansonsten natürlich anonymen Befragung auf einem Beiblatt namentlich ihr Interesse bekundeten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zehn von ihnen konnten beispielsweise bereits in ein Mentorenprojekt vermittelt werden, das Jugendlichen nach dem Schulabschluss hilft, den Einstieg ins Berufsleben zu finden – ein Engagement mit hoher Erfolgsquote.

Dieses Projekt charakterisiert beispielhaft den Zuschnitt einer optimalen Freiwilligentätigkeit: eine konkrete, zeitlich überschaubare Aufgabe mit klarem Ziel und hoher persönlicher Identifikation. Denn die Sorge, von einem Verein oder einer Partei "aufgefressen" zu werden oder wertvolle Zeit auf langen Vereinssitzungen zu verschwenden, hält offenbar viele potenzielle Freiwillige von einem Engagement ab.

"Lokale Demokratiebilanz" macht Schule

Um die Ergebnisse vergleichen zu können, folgt die "Lokale Demokratiebilanz" zwar einem Schema; Zuschnitt und Umsetzungswege können aber – je nach In-

teressenlage der durchführenden Kommune – variieren. So wurde im bayerischen Weyarn, mit 3 200 Einwohnern die kleinste CIVITAS-Kommune, zusätzlich eine Jugendbefragung durchgeführt, in der zahlreiche realistische Anregungen und Kritikpunkte formuliert wurden, beispielsweise der Wunsch nach mehr Sportflächen und besseren öffentlichen Verkehrsverbindungen.

Solingen beschränkt seine "Lokale Demokratiebilanz" auf ein Innenstadtviertel mit riesigen Industriebrachen und alter Wohnbebauung, das im Rahmen eines Förderprogramms umgestaltet werden soll. Eine weitere Besonderheit ist hier die persönliche Befragung von Ausländern, nachdem diese Bevölkerungsgruppe sich an der schriftlichen Befragung kaum beteiligt hatte. In Leipzig bringen die Bürgerinnen und Bürger aus den 39 Stadtteil-Bürgervereinen die "Lokale Demokratiebilanz" auf den Weg. Das Projekt selbst ist also schon ein Beispiel für Beteiligung. Weitere Kommunen werden dem Beispiel folgen.

Heidelberg, schon vor der Entstehung der Netzwerke Vorreiter für Bürgerorientierung, erwartet sich von der "Lokalen Demokratiebilanz" neue Impulse für die Umsetzung von Engagementförderung und Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe. "Ohne jemanden wie die Bertelsmann Stiftung wäre es nicht möglich, das große Engagementpotenzial auf Seiten der Verwaltung ressortübergreifend und gesamtstädtisch zu aktivieren", so Christine Huber, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat der Oberbürgermeisterin in Heidelberg. "Man braucht jemanden, der von außerhalb Vernetzung und Austausch organisiert und einem Kriterien und Argumentationshilfen gegenüber der Verwaltung an die Hand gibt."

Die Bertelsmann Stiftung strebt an, dass ihr Modellprojekt deutschlandweit Schule macht und das Konzept langfristig dazu beiträgt, dass die lokale Verantwortungsgemeinschaft gestärkt wird und Bürgerinnen und Bürger die Zukunft ihrer Stadt aktiv mitgestalten.

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003.
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003.
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003.
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012. Bonn, August 2003.

Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch) [in Deutsch vergriffen]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch" / "Petersberger Dialogue" am 18.06.2002 (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]

Material der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002.
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002.
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
-

- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung – Synergien für kommunale Partnerschaften. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. Dezember 2003. [in Vorbereitung]

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt (September 2003).
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte (Dezember 2003).

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003. [vergriffen]
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Über uns

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die öffentlichen Güter stehen zur Disposition: Privatisierung oder Regulierung?

Zweidrittel der deutschen kommunalen Haushalte sind überschuldet, Cross-Boarder-Leasing oder Bürger- und Beteiligungshaushalt?

Nachhaltige, sozial integrative Stadtentwicklung oder ökonomistisches City Marketing? – Die aktuelle Stadtentwicklungsdebatte ist geprägt von Gegensätzen und Konflikten. Effektiver Einsatz der vorhandenen Ressourcen sowie gangbare Politikmodelle werden angesichts rapider Veränderungsprozesse dringend benötigt.

Alte Gegensätze überwinden, neue – kommunal erprobte Lösungswege aufzeigen, das ist die Herausforderung und der Arbeitsalltag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnerorganisationen suchen wir nach konkreten Problemlösungen für die kommunale Praxis. In vier strategischen Handlungsfeldern setzt die Servicestelle auf Zukunftsthemen: Bürger- und Beteiligungshaushalt; Interkulturelle Kompetenzbildung; Faires Beschaffungswesen und Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften – das sind Themen, die heute zur Problemlösung beitragen können. Die Servicestelle stellt hierfür, durch finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, professionellen Service in den Bereichen Information, Beratung und Qualifizierung zur Verfügung.

Wir bieten dafür ...

... Information

- unseren internetgestützten Informationspool zu Eine-Welt-Aktivitäten mit den wichtigsten Links und Veranstaltungshinweisen.
- die Eine-Welt-Nachrichten per E-Mail oder auf unserer Homepage.
- den Zugang zur Datenbank www.gute-beispiele.net mit kommunalen Praxisbeispielen.
- eine Übersicht über Finanzierungshilfen (EU, Bund, Länder, Stiftungen etc.).
- Hilfen für die Vermittlung von Eine-Welt-Themen vor Ort.
- Argumentationshilfen für die Kommunalpolitik.
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Recherche und Veröffentlichung von praktischen Beispielen und Erfahrungen.
- Umfangreiches Angebot von Publikationen

... Beratung

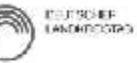
- telefonische Beratung.
- persönliche Gespräche nach einer entsprechenden Bedarfsanalyse.
- Förderung und Vermittlung von Agenda-Partnerschaften.
- Beratung im Projektmanagement und bei der Kampagnengestaltung.
- Vermittlung von ExpertInnen, ReferentInnen und ModeratorInnen (ModeratorInnen-Netzwerk) sowie AnsprechpartnerInnen und ProjektpartnerInnen in aktiven Kommunen.
- Moderation und Mediation

... Qualifizierung

- Interkulturelle Kompetenzbildung; Leitfaden „Faires Miteinander“
- Fortbildungen für Kommunalverwaltungen und Agenda-Aktive.
- Workshops und Fachgespräche zu Eine-Welt-Themen und -Kampagnen.
- Multiplikatoren-Schulungen für ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen.
- Moderatorentrainings mit erfahrenen Agenda-MediatorInnen.

... Netzwerkbildung

- Aufbau und Pflege eines bundesweiten ModeratorInnen-Netzwerkes für Agenda- und Eine-Welt-ModeratorInnen auf unserer Homepage.
- Vernetzung und Kooperation kommunaler Eine-Welt-Akteure über eine interne Projektdatenbank mit beispielhaften Projekten (Vermittlung konkreter Projektpartner).
- Nationale Plattform zum kommunalen Bürger- und Beteiligungshaushalt.



Die Serviceselle wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und der Stadt Bonn.

Mitwirkende: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und Agenda-Transfer NRW.